Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wird, welche den Korridor nicht aufheben und doch eine direkte und sichere Verbindung zwischen dem Reiche und der Provinz Ostpreußen herstellen würde. In einem solchen Falle ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß das Memelproblem letzten Endes — mindestens teilweise — zu Gunsten Polens entschieden wird. Diese und andere Entwicklungen hängen wohl wesentlich von der Stärke und Gefährlichkeit der russischen Position gegenüber Deutschland und Polen und damit von der Bedeutung des Korridorproblems für Deutschland ab. Als wahrscheinlich ist aber anzunehmen, daß die von Pilsudski eingeleitete deutsch-polnische Verständigung auch von polnischer Seite unter Pilsudski's Nachfolger, seinem Freund und Kampfgenossen der Kriegs- und Nachkriegszeit, General Rydz-Smigly, fortgesetzt und vertieft werden wird, solange die deutschen und die polnischen Interessen gegenüber Rußland und seinem Trabanten, Litauen, sich decken. Die Zukunft Litauens als selbständiger Staat aber erscheint auf die Dauer unsicher, es sei denn, daß seine Freunde und seine Gegner sich die Waage halten. Herr Umbras aber wird weiter träumen!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Das schweizerische politische Geschehen der letzten Monate stand im Zeichen der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Schwere Erdbebenstöße erschüttern den stolzen Bau unserer Finanz- und Industriegesellschaften. Die Basler Handelsbank, einst mächtiger Träger schweizerischen Großkapitals, ist ruhmlos zusammengebrochen, und kleine und große Geschäftsleute und Sparer fragen sich besorgt, wer der Nächste ist in diesem Totentanz. Maschinenfabriken und andere Industrieunternehmungen von Weltruf kämpfen jetzt um ihre letzten Reserven, und bald werden neue Scharen Arbeitsloser der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Es gibt Führer der Wirtschaft, die sich von all' dem Unheil nicht haben überraschen lassen und ihre Maßnahmen getroffen haben, als es noch Zeit war. Aber es darf die Frage gestellt werden, ob das Volk in seiner Masse die Lage in ihrer ganzen Fürchterlichkeit begriffen hat. Hier wäre es die Pflicht der Regierung, des eidgenössischen Wirtschaftsministers und der kantonalen Finanzdirektoren, mit größter Offenheit und gutschweizerischer Grobheit die Lage darzustellen, wie sie ist. Solche offenen Worte sind für die internationale Kaufkraft unseres Geldes und für den Staatskredit weniger gefährlich als die geheimen und schleichenden Krankheiten, die man nicht beim Namen nennen will. Man möchte unsern obersten Behörden jene Entschlossenheit wünschen, die vor wenigen Tagen den französischen Regierungspräsidenten und seine Ministerkollegen befähigt hat, vor den Augen der Schmarotzer und Nutznießer des Staates die Tür zum Kassenschranke zuzuschlagen und einen großangelegten Versuch zu unternehmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt.

Mit Spardekreten allein ist es allerdings nicht getan. Wenn es gilt, das Volk aus seiner weichlichen Lebensauffassung wieder zur Härte und zum aufopfernden

Kampfe zurückzuführen, so genügt es nicht, die amtliche Gesetzessammlung wieder um einige neue dickleibige Bände zu erweitern. Es bedarf einer alle Kreise umfassenden politischen Bewegung und vor allem der intensiven Erziehung unserer Jugend. Die Erkenntnis muß siegen, daß es falsch ist, alles Heil von der eidgenössischen Staatskasse zu erwarten. Nur die Entlastung des Staates kann uns helfen. Die natürlichen Zentren der Wohlfahrt und Fürsorge, Familie, Berufsgemeinschaft, religiöser Verband, Ortsgemeinde, müssen wieder gestärkt und wiederhergestellt werden. Wer den geschichtlichen Ursachen der Größe und des Niederganges alter Völker nachspürt, wird erkennen, daß auch die beste Zentralisation und ausgetüftelste Organisation den Zusammenbruch eines Volkes und seiner Kultur nicht verhindern können, wenn die natürlichen Institutionen, Ehe, Familie und Arbeitsgemeinschaft, zugrundegehen. Es ist unter allen Umständen richtig, was hierüber in der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno" geschrieben steht:

> „In Auswirkung des individualistischen Geistes ist es soweit gekommen, daß das einst blühend und reichgegliedert in einer Fülle verschiedenartiger Vergemeinschaftungen entfaltete menschliche Gesellschaftsleben derart zerschlagen und nahezu ertötet wurde, bis schließlich fast nur noch die Einzelmenschen und der Staat übrig blieben, — zu nicht geringem Schaden für den Staat selber. Das Gesellschaftsleben wurde ganz und gar unförmlich; der Staat aber, der sich mit all den Aufgaben belud, welche die von ihm verdrängten Vergemeinschaftungen nun nicht mehr zu leisten vermochten, wurde unter einem Übermaß von Obliegenheiten und Verpflichtungen zugedeckt und erdrückt. Wenn es nämlich auch zutrifft, was ja die Geschichte deutlich bestätigt, daß unter den veränderten Verhältnissen manche Aufgaben, die früher leicht von kleineren Gemeinwesen geleistet wurden, nur mehr von großen bewältigt werden können, so muß doch allezeit unverrückbar jener oberste sozialphilosophische Grundsatz festgehalten werden, an dem nicht zu rütteln noch zu deuteln ist: wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und aus der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen."

Wer die Richtigkeit dieser Überlegungen einsieht, wird es als gnädige Fügung betrachten, daß die Mehrheit des Schweizervolkes besonnen genug war, die beiden großen staatssozialistischen Gesetzesvorlagen der letzten Jahre — Lex Schultheß und Krisenініtiative — zu verwerfen und diese verlockenden Süßspeisen an jene Sudelköche zurückzuweisen, welche sie zubereitet hatten. Wir würden uns jedoch einer Täuschung hingeben, wenn wir annehmen würden, daß unsere führenden Staatsmänner unabhängig genug sind, um aus diesen eindeutigen Volksentscheiden die Folgerungen zu ziehen. Die gefährliche Subventionenwirtschaft dauert an und die Lohnprivilegien der Bundesbeamten bleiben unangetastet. Statt dessen schreibt man neue Steuern aus und erhöht den Zucker- und Benzinzoll, und anstatt eine Einschränkung des übergroßen Aufgabenkreises vorzunehmen, übernimmt der Bund in steigendem Maße neue Pflichten und vergrößert gleichzeitig seine Befugnisse und seine Bürokratie, alles zum Nachteil der Kantone und auf Kosten der Selbständigkeit der kleinen Gemeinschaften.

Höheren Ortes scheint man sich auch über die Dauer und die Zunahme der Wirtschaftsnot noch nicht allseitig Rechenschaft zu geben, und jedenfalls fehlt es auch an der Bereitschaft, dem Volke mutig die Wahrheit zu sagen. Der Sprecher des Bundesrates hat am Eidgenössischen Sängerfest in seiner An-

sprache erklärt: „Auf Regen folgt Sonnenschein." Hoffen wir, daß er von der Richtigkeit seiner Schönwetterprophezeiung selber nicht überzeugt war. Wir können uns nicht vorstellen, daß er sich die Theorie jener pseudowissenschaftlichen Konjunkturforscher zu eigen gemacht hat, die auf jede Wirtschaftskrise in bestimmten zeitlichen Abständen auch wieder einen Aufstieg und auf sieben magere Jahre auch gleich wieder sieben fette Jahre folgen lassen. Nicht darum kann es sich für uns handeln, durchzuhalten „bis bessere Zeiten kommen", sondern auf eine Zunahme der Wirtschaftsnot müssen wir uns gefaßt machen und in dieser zugegebenermaßen düsteren Voraussicht ans Werk gehen, den Staat von Grund auf reformieren und die Bedingungen für eine langsame Erholung schaffen. Man braucht wahrhaftig nicht Sozialökonomie studiert und auch nicht einen Kurs an der Harvard-University besucht zu haben, um zur Erkenntnis zu gelangen, daß eine Rückkehr des früheren Wohlstandes auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr zu erwarten ist, denn die außereuropäischen Weltmärkte werden wir so schnell nicht zurückerobern wie wir sie verloren haben.

* * *

Die Besorgnisse der eidgenössischen und kantonalen Regierungsparteien um die Erhaltung ihrer Macht sind angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Not gewiß nicht geringer geworden. Darin ist auch die Erklärung zu finden für die Tatsache, daß in der Presse und in den Versammlungen so unermüdlich und wuchtig gegen „Hitler-Deutschland" geeifert wird. Diese Bekämpfung ist zurzeit sehr populär, und wer gegen die „braune Gefahr" wettert, kann des Beifalls der Menge sicher sein. So wird aus Parteirücksichten und um den Anhang der Masse nicht zu verlieren, der Graben zwischen uns und unserm deutschen Nachbarvolke aufgerissen und ständig erweitert, wird die sachliche Beurteilung aufgegeben, die wir auch gegenüber den unsympathischen Geschehnissen im Auslande einhalten sollten, und wird übersehen, daß es die erhabenste Aufgabe und Pflicht unseres Staates wäre, Frieden zu stiften, Mittler zu sein zwischen unsern Nachbarn und für die europäische Verständigung zu arbeiten. Das erfordert freilich die Aufrechterhaltung einer vollkommenen Neutralität, und dieser Grundsatz wird aufgegeben, wenn man den Aufforderungen des Sozialistenführers Dr. Arthur Schmid folgen und „von Staats wegen den Kampf gegen Hitler-Deutschland führen" wollte oder wenn man, wie es kürzlich in der „Neuen Zürcher Zeitung" ernsthaft vorgeschlagen wurde, die „weltpolitische Sendung der Schweiz" darin erblicken wollte, daß man unsern Landessender dazu benützt, um die „geistigen Epidemien" im Nachbarlande auf diesem Wege auch außerhalb unserer Landesgrenzen und in diesem Nachbarlande selbst zu bekämpfen!

Das Wohlergehen des Staates über die Parteirücksichten stellen ist bekanntlich ein Opfer, das man nicht von jedermann erwarten darf, und es erfordert eine große Disziplin, sich in politischen Dingen von den Gefühlen der Abneigung oder Zuneigung nicht leiten zu lassen. Wenn der Begriff der „disziplinierten Demokratie" ein Widerspruch in sich selbst wäre, so wäre die Lage allerdings hoffnungslos. Es wäre auch gar zu wunderbar gewesen, wenn die Regierungsparteien in Bund und Kantonen die Gelegenheit nicht benutzt hätten, die schweizerische Frontenbewegung um jeden Preis zurückzuschlagen. Die Gelegenheit war gar zu günstig, die „Fronten" in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, indem man sie zu Anbetern deutscher Gewaltmethoden stempelte. Es wird nicht in Abrede gestellt werden können, daß der oder jener jugendliche Heißsporn sich an ausländischen Vorbildern begeistert und ein dumpfes Sehnen empfindet, sich als Muskelmensch im politischen Leben zu betätigen. Das berechtigt aber noch lange nicht dazu, eine Bewegung, die unter dem Zeichen des alten eidgenössischen Feldkreuzes die kräftige Erneuerung unserer altersschwachen Demokratie anstrebt, in Acht und Bann zu tun. Die in Szene gesetzte Verfemung hat jedoch für die „Fronten" das

Gute, daß sie sich nun gezwungen sehen, ihre Reihen sauber zu halten, sich im allgemeinen Trommelfeuer zu bewähren und sich darüber klar zu werden, daß ihre politischen Ziele sich nicht von heute auf morgen durchsetzen werden.

Die Vorgänge im zürcherischen Kantonsrat anläßlich der Beratung über die Ausgestaltung der Bundesfeier haben ein grelles Licht auf die wüste politische Situation geworfen. Kommunistische Ratsvertreter durften es sich erlauben, die schweizerische Nationalfeier als „Fastnacht der Füdlibürger" zu bezeichnen und die freche Behauptung aufzustellen, zahlreiche frontistische Offiziere seien bereit, im Falle eines Konfliktes der Fahne Hitlers zu folgen. Der sich „Demokrat" nennende Ratspräsident wollte geflissentlich diese unerhörten Anwürfe überhören und entschloß sich erst unter dem Drucke der allgemeinen Empörung, von seinen präsidialen Befugnissen Gebrauch zu machen. Dr. Maag heiß dieser ehrenwerte Präsident. Daß solche Figuren sich ungefährdet in unserm Lande bewegen können, daß solche empörenden Vorgänge nach wie vor möglich sind und sich schon morgen wieder ereignen können, beweist, daß ein großer Teil unseres Volkes und unserer parlamentarischen Vertreter von vaterländischem Empfinden weit entfernt ist. Wahrhaftig, Helvetia hat keinen Grund, auf alle ihre Söhne stolz zu sein!

Kurt Aebi.

Zur politischen Lage.

Kommt Frankreich in Bewegung?

Es ist wohl weder der europäischen noch selbst der französischen öffentlichen Meinung bisher so recht zum Bewußtsein gekommen, wie weit sich Frankreich, das gelobte Land der Demokratie, in Tat und Wahrheit schon von den demokratischen und liberalen Überlieferungen entfernt hat. Und doch ist das in ganz erheblichem Umfange der Fall.

Erstens einmal in wesentlichen Teilen der französischen Kolonien, wo man sich gezwungen sieht, sich ausschließlich auf die reine Gewalt zu stützen. Das hat in Französisch-Hinterindien zu wahrhaft erschütternden Zuständen geführt. Todesurteile in Menge, Zuchthausstrafen am laufenden Band, Unterdrückung jeder politischen Regung in den Eingeborenenmassen sind die Mittel, auf die sich hier die Dritte Republik stützen muß, um inmitten eines allgemeinen Elends notdürftig ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Das sind verheißungsvolle Zustände für die sprungbereiten Japaner, vor denen einmal diese gänzlich ausgehöhlte europäische Kolonialherrschaft wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird, genau so wie Napoleon seinerzeit den endgültigen Zusammenbruch der französischen Kolonialherrlichkeit in Haiti erlebt hat.

Ähnliche Zustände bestehen aber auch im französischen „Mandat" Syrien und, was weit schwerer wiegt, in fast ganz Nordafrika. Hier gärt es vor allem in den beiden „Protektoraten", in Tunis und Marokko. In beiden Ländern sind Hunderte von Zeitungen verboten, wird jede politische Bewegung rücksichtslos verfolgt, werden die Führer der Eingeborenen verbannt usw. Trotzdem aber mottet das Feuer der dumpfen Unzufriedenheit vor allem in Tunis ununterbrochen weiter und hat nun neuerdings auch Algier erreicht. Dieses ist dem Namen nach ein Bestandteil des Mutterlandes mit Abgeordneten und Senatoren, Stadträten und Generalräten der Departemente, kurz mit einer französisch-demokratischen Verwaltung. Diese Demokratie erstreckt sich aber nur auf die eingewanderten Franzosen und andern naturalisierten Europäer, dazu auf die Juden, während die zahlenmäßig weitaus stärkern Massen der mohammedanischen Eingeborenen von allen diesen Dingen ausgeschlossen sind. Sie dürfen nur Steuern zahlen und nach dem Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht ihren Militärdienst leisten. Trotzdem war alles ruhig, so-

lange sich Algier im wirtschaftlichen Aufschwung befand; seitdem nun aber Algerien von der Weltwirtschaftskrise besonders hart erfaßt worden ist und unter den Eingeborenen das Elend immer größer wird, hat auch hier eine politische Bewegung eingesetzt, die sich in immer häufigeren Tumulten Luft macht. Einstweilen richtet sich alles in erster Linie gegen die Juden, aber in Frankreich ist man doch sehr besorgt geworden. Eifrig wird in der französischen Presse und in den ernsthaften Zeitschriften darüber verhandelt. Trotzdem aber ist man abgesehen von schönen Worten nur zu einem Ergebnis gekommen: Politik der starken Hand.

So ist in der französischen Kolonialpolitik vielfach von dem alten Ideal der tunlichsten Französisierung und damit auch der politischen Verschmelzung der Eingeborenen mit dem Franzosentum nichts mehr zu bemerken. Das aber bedeutet eine erhebliche Schwächung der französischen Machtstellung, wenn auch einstweilen bei den Eingeborenentruppen selbst noch nichts von Unzuverlässigkeit zu merken ist. Wie lange aber wird das noch dauern? Ist es aber erst so weit, so wird im französischen Kolonialwesen bald rein nichts mehr von den „Traditionen des demokratischen Frankreich" zu spüren sein.

Ja, ist denn von denen in Frankreich selbst noch so viel übrig? Dem Namen nach ist ja der ganze parlamentarische Apparat noch in Tätigkeit. Mit großem Geräusch tagt die Volksvertretung in Paris, setzt Ministerien ein und stürzt sie nach ein paar Tagen, ein paar Wochen oder Monaten wieder, und unter diesen Eintagsfliegen von Ministern spreizt sich die französische Bürokratie wohliger als je. Aber diese ganze Maschinerie ist heute, wenn nicht in Unordnung, so doch ins Stocken geraten. Langsam aber sicher haben die Folgen der Weltwirtschaftskrise auch das so begünstigte, wirtschaftlich ausgeglichene Frankreich erreicht und bedrohen heute bereits den bescheidenen Wohlstand des kleinen Mannes. Das schreckt die Massen des französischen Volkes auf und läßt sie unruhig werden. Mit Spannung wird die Reise des Staatsschiffes verfolgt. Hier aber sieht man bereits, daß die französischen Staatsmänner allzu sorglos ihr Land vor jeder wirtschaftlichen Gefahr gefeit glaubten und die Staatsmittel ohne Zaudern und unbeschränkt für die französische Großmachtpolitik einsetzten. Der Ausbau der Wirtschaft und der Heere der französischen Vasallenstaaten im Osten, die gewaltige Landesbefestigung und die fortdauernden militärischen Rüstungen, die sich dem atemlosen Tempo der heutigen Technik anpassen müssen, haben die Staatsfinanzen zerrüttet. Die Schulden reichen heute an 70 Milliarden Schweizerfranken, der Fehlbetrag im Staatshaushalt übersteigt 2 Milliarden Schweizerfranken. Die scharf angezogene Steuerschraube will sich nicht mehr weiter drehen lassen und so muß man an gewaltige Sparmaßnahmen denken. Das aber bringt wieder die Massen in Aufruhr und dabei lassen sich die Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit wiederum auf den Staatshaushalt keineswegs übersehen. Und außerdem werden neue Rüstungsausgaben angekündigt! So flößt alles in allem der französische Staatshaushalt keine besondere Zuversicht ein. Dazu kommen die unendlichen Skandale, mit denen die schwerfällige Staatsmaschinerie nie aufzuräumen vermag. Es kommt dazu das Elend des parlamentarischen Betriebes und das unübersehbare Durcheinander der politischen Parteien, das jede politische Niedertracht begünstigt. So sieht sich denn die französische Regierung gezwungen, mit den Vollmachten zu regieren und die Demokratie auf Urlaub zu schicken samt dem Parlament. Die wichtigsten Staatsgeschäfte werden in reiner Diktatur erledigt. So weit ist es mit der Dritten Republik gekommen!

Übersieht man das alles, so begreift man die dumpfe Unrast, die heute in dem geduldigen französischen Volke herrscht. Auf dem politischen Gebiet ist die deutlichste Auswirkung dieser Stimmung oder Mißstimmung das Hochkommen der äußersten Flügel links und rechts. Man hätte glauben sollen, daß die Kommunisten nach dem Bündnis des russischen Horts der Weltrevolution mit der kapitalistischen

Regierung Frankreichs (80 Milliarden Goldschatz!) blamiert bis auf die Knochen dastehen würden. Das ist aber nach einigem Schwanken von der französischen Arbeitermassen durchaus nicht so aufgefaßt worden. Sie haben sich keine lange Überlegungen über die Bodenlosigkeit der revolutionären Grundsätze ihrer Zentrale in Moskau gemacht, sondern haben einfach ihrer steigenden Unzufriedenheit durch den Anschluß an die Kommunisten Ausdruck gegeben. So blüht im Schatten des russisch-französischen Bündnisses der französische Kommunismus fröhlich auf und reißt die Führung der gesamten französischen Linken immer mehr an sich.

Gleichzeitig aber bahnt sich aus dem Durcheinander der Gruppen auf der Rechten allmählich eine Bewegung den Weg ins Freie, die nun die Führung übernimmt. Die „Feuerkreuzler", die durchaus mit den organisatorischen und propagandistischen Mitteln der Fascisten oder Nationalsozialisten arbeiten, sind allmählich stark angeschwollen und stehen heute als weit überragende Gruppe der französischen Rechten da. Ihre Aufmärsche im ganzen Lande erinnern durchaus an ähnliche Zeiten in Italien und Deutschland. Ihre Ziele sind jedenfalls denen anderer Führerparteien in andern Staaten ähnlich wie ein Ei dem andern. Dabei ist es wohl möglich, daß sie trotzdem eine dem französischen Nationalcharakter entsprechende Linie finden werden. Das wird in erster Linie von ihrem Führer abhängen, der ein ehemaliger aktiver Offizier ist. Oberst de la Rocque hat in den Kolonialkriegen, im Weltkrieg und in Polen mit Auszeichnung gedient, gehörte hohen Stäben, wie dem von Foch und Weygand an und hat damit auf jeden Fall einen Ausweis über seine Fähigkeiten geleistet. Einen weitern solchen Ausweis bildet die organisatorische Arbeit, die er mit der Schaffung seines Verbandes und der Leitung seiner Tätigkeit verrichtet hat. Noch aber fehlt jeder Beweis für staatsmännische Fähigkeiten, die allein ihn ans Ruder bringen können. Der französische Fascismus ist so noch ein unbeschriebenes Blatt; bald einmal wird aber über seine Absichten und Auffassungen mehr Klarheit geschaffen werden. Die Zuspitzung der Lage wird dafür sorgen.

Auf jeden Fall erlebt heute die dritte europäische Großmacht entscheidende innerpolitische Wandlungen und Spannungen. Vom Ausgang dieser Entwicklung wird für die Gestaltung Europas viel abhängen. Einstweilen treibt allerdings die französische innere Unsicherheit die Staatsleitung dazu, weiterhin alle Mittel des Landes für eine Front gegen das unheimlich aufstrebende Hitlerdeutschland zusammen zu fassen und deswegen Italien in seinem ostafrikanischen Abenteuer völlig freie Hand zu lassen. Diese Haltung Frankreichs versteift die europäische Lage bloß, ohne sie irgendwie einer Lösung näher zu bringen. Nach wie vor ist die französische Staatskunst einzig und allein bemüht, die Neuordnung Europas mit allen Kräften abzubremsen. Wie lange noch?

Aarau, den 18. Juli 1935. Hektor Ammann.

Wehrpolitische Rundschau

Die nächsten Erfordernisse unserer Landesverteidigung. / Notwendige Kritik.

Rasten heißt Rosten! Das gilt nirgends so sehr wie auf militärischem Gebiet, wo Technik und Taktik sich in beschleunigtem Tempo entwickeln. Da kann auch der friedlichste Staat nicht abseits stehen, denn jeder Stillstand bedeutet Rückschritt. Auch unsere Armee muß sich dieser fortschreitenden Entwicklung anpassen, will sie